Herr Pütz, Leiter des Straßenverkehrsamtes, erläuterte anhand von Kartenausschnitten (**Anlagen 5-7**) die Lage und Anbindung der Westerwerke. Die Firma sei bereits seit Jahrzehnten in Alfter-Witterschlick ansässig und die Problematik des Lkw-Verkehrs nicht neu. Aktueller Anlass für die erneute Diskussion sei der für dieses Jahr geplante Ausbau der Kottenforststraße. Die Kottenforststraße war und bleibe die Hauptanbindung der Westerwerke. Das belegen auch die mehrfach durchgeführten Verkehrszählungen (80 % des Lkw-Verkehrs fließen über die Kottenforststraße.). Das Straßenverkehrsamt habe zusammen mit der Gemeinde Alfter nach Alternativen gesucht. Diese gebe es aber nicht. Auch andere Zufahrtsstraßen seien eng, Begegnungsverkehr ausgeschlossen und bedeute zum Teil noch längere Fahrten durch das Landschaftsschutzgebiet. Hinzu komme, dass die Westerwerke Bestandsschutz genießen. Eine Anbindung über die Duisdorfer Straße durch das Geltorfviertel sei zwar möglich, betreffe aber ein deutlich größeres Wohngebiet, das bereits durch den Lkw-Verkehr für die Deutsche Steinzeug AG belastet sei. Ein nächtliches Durchfahrverbot für Lkw solle in der Kottenforststraße wie auch im Geltorfviertel eingeführt werden.

Abg. Krauß äußerte, bezogen auf die Verkehrsbelastung (Anzahl und Fahrzeiten der Lkw) gebe es unterschiedliche Auffassungen. Verschiedene Aussagen bestätigten, dass dort auch nachts LKWs fahren. Das Nachtfahrverbot müsse konsequent überwacht werden. Es sei richtig, dass die Kottenforststraße der traditionelle Zugangsweg zu den Westerwerken sei. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Straße tragen die Anwohner vor, dass die Straße durch Lkw verursachte Schäden aufweise. Der Unmut der Anwohner richte sich auch gegen die Zahlung von Anliegerbeiträgen für die Beseitigung von Schäden, die man selber nicht verursacht habe. Hierzu bitte er die Verwaltung um ergänzende Stellungnahme.

Herr Pütz betonte, das nächtliche Durchfahrverbot solle sowohl für die Geltorfstraße als auch für die Kottenforststraße gelten. In Absprache mit dem Bürgermeister werde die zuständige Polizeidienststelle aufgefordert, nächtliche Kontrollen durchzuführen. Was die Ausbaupläne angehe, sei das Straßenverkehrsamt von der Gemeinde um Stellungnahme gebeten worden. Bezogen auf Ausweich- und Parkmöglichkeiten habe das Straßenverkehrsamt noch ergänzende Vorschläge machen können. Insgesamt werde die Situation durch den Ausbau der Straße deutlich verbessert. Ob die Straßenschäden durch den Lkw-Verkehr verursacht worden seien, könne er nicht beurteilen. Das falle in den Zuständigkeitsbereich der Straßenbauabteilung in der Gemeinde Alfter. Er kenne aber den Zustand der Straße und wisse, dass die Anwohner auch über Risse und Erschütterungen klagen. Im Rahmen der Neubauplanungen solle deshalb auch die Geschwindigkeit durch den Einbau von entsprechenden Hindernissen reduziert und ein Begegnungsverkehr auf Sicht ermöglicht werden.

Abg. große Deters erklärte, die Kartenausschnitte verdeutlichten noch einmal, dass es wahrscheinlich keine innovative Lösung der Verkehrsprobleme geben könne. Es gebe aber nicht nur verkehrsrechtliche, sondern auch bau- und immissionsschutzrechtliche Fragen. Nach seinem Kenntnisstand gebe es nicht nur Genehmigungen/Bestandsschutz für die Westerwerke, sondern auch Auflagen, z.B. zur Anzahl der Lkw/Tag. Nach seiner Auffassung müsse auch geprüft werden, ob sich das Unternehmen im Rahmen der Genehmigungen bewege oder nicht. Es werde natürlich immer Nutzungskonflikte zwischen Wohnbebauung und gewerblicher Nutzung geben. Andererseits müsse aber auch deutlich gemacht werden, dass sich alle Beteiligten zu jeder Zeit an die Spielregeln halten. Wichtig sei auch der Umgang miteinander. Alle Beteiligten sollten gemeinsam nach Lösungen suchen und nicht auf Konfrontation schalten.

SkB Schroerlücke führte aus, es sei in der Tat eine sehr komplexe und für die Anwohner unerfreuliche Angelegenheit. Man müsse auch sehen, dass hier gleich mehrere Dinge zusammenkommen: Zum einen eine Ausweitung der Betriebsgenehmigung, die einen geringfügig erhöhten Verkehr mit sich bringe, zum anderen der Ausbau der Kottenforststraße.

Hinzu komme, dass die Straßenschäden natürlich auch durch den Lkw-Verkehr verursacht worden seien. Beim Ausbau der Straße müsse auf die Belange des Lkw-Verkehrs Rücksicht genommen werden. Ohne Lkw-Verkehr könnte die Straße ganz anders gestaltet werden. Die Anwohner könnten insofern keinen Einfluss nehmen, müssten den Ausbau der Straße aber über Anliegerbeiträge finanzieren. Das nächtliche Durchfahrverbot sei eine gute Sache, beinhalte aber auch ein Problem. Das Fahrverbot müsse bei den Speditionsunternehmen kommuniziert werden. Dies sei sicherlich Firmenaufgabe. Er bitte aber trotzdem das Straßenverkehrsamt, darauf mit zu achten, dass dies auch tatsächlich kommuniziert werde. Denn ansonsten drohten Folgeprobleme, wie z.B. unzureichende Parkmöglichkeiten für nächtlich anfahrende Lkw und als Konsequenz Missachtung des Durchfahrverbots. Eine Idee der Vergangenheit sei auch mal die Einführung eines „Ring-Verkehrs“ gewesen. Damit könnte man das Problem mit dem Lkw-Begegnungsverkehr ausschalten. Er wollte wissen, ob hierüber auch noch einmal nachgedacht worden sei.

Herr Pütz konnte derzeit nicht zweifelsfrei bestätigen, dass diese Idee zielführend sei, weil sich der Weg für die Lkw deutlich verlängere und die Verkehrsbelastung dadurch nicht geringer werde, sondern sich lediglich auf einen ohnehin schon belasteten und ebenso wenig geeigneten Bereich verschieben würde.

Abg. Dr. Kuhlmann erkundigte sich nach den Auflagen, die seinerzeit bei der Expansion der Westerwerke erteilt worden seien und inwieweit die Auflagen kontrolliert und Verstöße festgestellt worden seien. Außerdem interessierten ihn die Ergebnisse und die Bewertung der auf den Zufahrtsstraßen durchgeführten Verkehrszählungen. Er bat um Vorlage mit dem Protokoll.

Herr Pütz bestätigte die Durchführung von Verkehrszählungen. Die Auswertung sei aber noch nicht abgeschlossen. Die erste Tendenz bestätige die prozentuale Aufteilung des Lkw-Aufkommens: 80 % Kottenforststraße / 20 % Geltorfviertel. Genaue Zahlen seien noch nicht ausgewertet. Wahrscheinlich müsse auch noch einmal eine Nachmessung durchgeführt werden. Die Ergebnisse könnten aber in der nächsten Sitzung vorgelegt werden. Zu den Auflagen könne er nichts sagen. Diese betreffen das Dezernat von Herrn Schwarz. Er werde die Bitte aber gerne weiterleiten.

Hinweis der Verwaltung:

Die in 2016 erteilte Baugenehmigung war bereits Gegenstand der FDP-Anfrage vom 28.02.2017, die mit Schreiben vom 03.03.2017 schriftlich beantwortet wurde.

SKB Kurth fragte nach den Plänen der Westerwerke, insbesondere ob diese dauerhaft an ihrem jetzigen Standort verbleiben wolle.

Herr Pütz antwortete, solche Gespräche gehörten nicht zu seinem Aufgabenbereich. Hierzu könne nur die Gemeinde Alfter befragt werden.

Abg. Windhuis bemerkte, es sei nicht davon auszugehen, dass die Firma ihren Standort in absehbarer Zeit verlagere. Umso wichtiger sei es, dass die Einhaltung der begleitenden Maßnahmen (Nachtdurchfahrverbot, Anzahl der Lkw/Tag) kontrolliert werde.